

EU unter Druck: Schweden fordert striktere Maßnahmen gegen Migration!

Die EU diskutiert unter der Leitung von Ulf Kristersson neue Ansätze zur Migrationspolitik, um Herausforderungen zu begegnen.

Vienna, Österreich - In einer eindrucksvollen Wende in der europäischen Migrationspolitik haben die Staats- und Regierungschefs der EU, unter der Führung von Schwedens Premierminister Ulf Kristersson und Österreichs Bundeskanzler Karl Nehammer, ihre Haltung zur Migration schärfer gestaltet. Kristersson betonte, dass Schweden vor zwei Jahren einen entscheidenden Wandel vollzogen hat, wodurch die Zahl der Asylanträge auf den niedrigsten Stand seit vielen Jahren gesenkt werden konnte. Dies geschah durch den Einsatz „unkonventioneller Denkansätze“ bei der Rückführung illegaler Migranten. Nehammer bezeichnete die Migrationsfrage als „Schicksalsfrage für die gesamte EU“ und betonte, dass eine neue Strategie für den Westbalkan und Afrika notwendig sei, um die Herausforderungen zu meistern, wie auf [vienna.at](https://www.vienna.at) berichtet wird.

Ein wichtiges Thema der Diskussionen war die Einrichtung von „Rückkehrzentren“ und die Definition sicherer Drittstaaten, die es Migranten ermöglichen sollen, einen Asylantrag außerhalb der EU zu stellen. Die EU-Kommission plant kommende Regelungen, um sicherzustellen, dass Migranten mit negativem Asylbescheid nicht illegal in der EU verweilen. Während die Diskussion über innovativere Rückführungsmethoden geführt wurde, betonte der Vorsitzende der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, dass der Großteil der Migranten, die nicht bleiben

dürften, tatsächlich nicht in ihre Herkunftsländer zurückgeführt wird, was die Notwendigkeit drastischer Maßnahmen unterstreicht. Wie **europaportalen.se** ausführte, forderte Kristersson zudem eine verstärkte Zusammenarbeit mit Ländern außerhalb der EU, um abgelehnte Asylbewerber zurückzuführen.

Im Kontext dieser Migrationsdebatte verwies Kristersson auf die Notwendigkeit eines einheitlichen europäischen Vorgehens und forderte, den gemeinsamen Ansatz der EU-Staaten zu verstärken. Auch der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz wies auf die Bedeutung von legale Zuwanderungsmöglichkeiten für Arbeitskräfte hin und unterstrich, dass expandierende Volkswirtschaften auf eine wachsende Arbeitskraft angewiesen sind. Diese Debatten spiegeln nicht nur eine zunehmende Einigkeit zwischen den Mitgliedstaaten wider, sondern auch eine klare Richtungsänderung, wie die EU in Zukunft mit der Migration umgehen wird.

Details	
Vorfall	Migration
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	• www.vienna.at • www.europaportalen.se

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at